

STEUERDUMPING

# Armes reiches Luxemburg



Mangelhafte schulische Infrastrukturen: das wohl sichtbarste Zeichen, dass Luxemburg sich beim "nachhaltigen" Planen immer noch schwer tut. (Foto: Christian Mosar)

**Selbst Tony Blair will von Steuerensenkungen nichts mehr wissen. Doch in Luxemburg sollen die Individual- und die Betriebssteuern so niedrig werden wie sonst kaum in Europa.**

Als Claude Wiseler als Budgetberichterstatter vergangene Woche den "wichtigsten Gesetzestext des Jahres" vor versammeltem Haus (und erstmals auch vor laufender Chamber-TV-Kamera) kommentierte, fiel der Spagat weitaus schwieriger aus als in den Vorjahren.

Die Rekordjahre 1999 und 2000 im Rücken, eine ungewisse Zukunft in der Folge des "11. September" vor sich, musste er der aufmerksamen Öffentlichkeit vorrechnen, warum es uns laut dem vorliegenden Zahlenmaterial so gut geht, auch wenn uns im Alltag an so vielen Stellen der Schuh drückt.

Mit über 30 Milliarden LUF an "plus-values" für das Budget-Jahr 2000 wurde ein neuer Rekord erreicht. Dieser durchaus erwartete Geldsegen sagt allerdings auch aus, dass es in Luxemburg anscheinend nicht möglich ist, genauer vor auszurechnen, wie viel Geld der Staat in einem Jahr einnimmt. So haben unsere Steuerschätzer im Jahre 2000 rund 15 Prozent weniger erwartet, als am Ende tatsächlich in den Staatskassen landete. Beruhigend ist dabei lediglich, dass sie sich nicht in die andere Richtung verschätzt haben. Allerdings ist bekannt, dass die

systematische Unterschätzung der Steuereinnahmen weniger ein Produkt des Zufalls, als einer bewussten Politik ist, die seit Jahrzehnten in Luxemburg betrieben wird.

Anders gesagt: Jeder sechste Steuerfranken respektive -euro wird bei der Haushaltsaufstellung "vergessen". Um es noch plastischer auszudrücken: Da, wo fünf Schulklassen eingerichtet werden, könnte es auch eine sechste sein; dort, wo 30 Kinder in einem Hort untergebracht werden, könnten auch noch die sechs nächsten auf der Warteliste berücksichtigt werden. Es ließen sich noch viele gute (und ebenso viele schlechte) Beispiele aufzählen, was der Staat mit vorausschauender Planung alles anstellen könnte.

Dank einer restriktiven Haushaltspolitik werden stattdessen jedesmal Überschüsse mit einem Jahr Verspätung dazu benutzt, wichtige und weniger wichtige Investitionsfonds zu speisen.

Claude Wiseler war so ehrlich zuzugeben, dass ohne diese Fonds nichts mehr im Staate Luxemburg funktionieren würde: Ohne die zusätzlichen Dotierungen dank der plus-values könnten einige der längst geplanten Infrastrukturarbeiten überhaupt nicht in Angriff genommen werden. Insofern ist die Praxis der Überschüsse reinste Augenwischerei. Sie täuscht eine "vorsichtige Finanzpolitik" seitens der Regierung lediglich vor. Daran ändert auch die unter der aktuellen CSV-DP-Regierung eingeführte Praxis, die Verteilung der Mehreinnahmen durch eine Abstimmung im Parlament absegnen zu lassen, nichts.

## Nur die Iren treiben es schlimmer

Was Claude Wiselers Part allerdings zusätzlich erschwerte, war die von der Regierung angekündigte Steuerreform für das kommende Jahr. So ist es dem Budgetminister zwar gelungen, wie in den Vorjahren ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, obwohl mit einem politisch gewollten Steuerausfall in zweistelliger Milliardenhöhe zu rechnen ist.

Doch selbst die Ereignisse des 11. September haben den Budgetminister nicht dazu bewegen können, irgendetwas an den Eckwerten des Haushaltsplanes zu verändern: Gerechnet wird mit einem Wachstum von vier Prozent.

Diese Schätzung mag noch im Sommer als relativ vorsichtig gegolten haben, schließlich wurde in den Vorjahren ein Wert erreicht, der um das Doppelte höher lag. Jetzt allerdings muss sich Budgetminister Frieden sogar von der Opposition anhören, den Pfad der Tugend verlassen zu haben: Die vier Prozent, so der grüne Fraktionssprecher François Bausch, seien die nächsten Jahre alles andere als gesichert.

Aber die grüne Kritik beschäftigt sich weniger mit der Art und Weise, wie die Regierung das Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren einschätzt, als mit dem Umstand, dass auch nach dem 11. September an den Steuerensenkungen im angekündigten Umfang festgehalten wird.

Zwei ausufernde Pressekonferenzen lang nahm sich Premier Juncker Zeit, um im Detail vorzurechnen, auf wie viel Geld der Staat in Zukunft verzichtet. Jeder bekommt etwas ab, nur die ganz armen Wichte, die bislang keine Steuern zahlen, gehen bei dieser Reform vollkommen leer aus.

Gekoppelt mit niedrigen Lohnnebenkosten mausert sich Luxemburg so fast zu einer Art klassischem Billiglohnland. Allerdings nur bei erstem Hinsehen: Selbst der Budgetberichterstatter hat erkannt, dass in Luxemburg der Sozialstaat in sehr starkem Maße fiskalisiert ist, spricht den Arbeitgebern ein großer Teil der Last im Bereich Gesundheit und Renten abgenommen wird.

Und auch bei der Betriebsbesteuerung bewegt sich Luxemburg von der Mitte hin zur Spitze: Nur in Irland wird Betrieben mit 16 Prozent weniger vom Gewinn abgezackt als in Luxemburg, wo der Steuersatz von 30 auf 22 Prozent abgesenkt wird. Zum großen Ärger Junckers wollen die Iren noch weiter mit den Steuern runter: Sie peilen einen Nominalsatz von 12 Prozent an, eine "de facto Steuerbefreiung für Unternehmen", wie Juncker meint.

Hinter dem Ganzen steckt eine mehr als fragwürdige Strategie: Die Rekordsteuerensenkung soll den Standort Luxemburg so attraktiv machen, dass er vom zurzeit schwindenden Wachstumskuchen überdurchschnittlich viel abbekommt, auf dass es uns etwas weniger dreckig geht als den anderen. Die Rechnung mag für den - im europäischen Vergleich kleinen - Haushalt Luxemburgs zunächst aufgehen.

Nur, das hat Wiseler an einigen Beispielen aufzeigen können, auch das Wachstum hat seinen Preis. Steuerensenkungen, gekoppelt mit dem Zwang, plus-values zu erwirtschaften, werden am Ende die Handlungsfreiheit des Staates so weit einschränken, dass ein selektives Vorgehen kaum noch möglich ist. Herrscht einmal eine wirkliche Flaute, sind der Politik die Hände gebunden: Da wo nichts mehr kassiert wird, kann auch nichts erlassen werden.

Richard Graf

## Repérages téléphoniques: régler enfin!

Dans un climat politique chargé d'émotions à cause de la révélation de repérages effectués sur les communications du journaliste Rob Roemen, le député socialiste Alex Bodry revient à la charge. Il a rédigé une proposition de loi réglementant ces repérages, comme l'indique l'exposé des motifs, "face au peu d'empressement de la part du gouvernement de donner une suite à la demande du Parlement" - cela se réfère à une motion du 24 octobre de l'année dernière. Rappelons que le ministre de la Justice Luc Frieden avait présenté un projet de loi concocté à la hâte lors d'une réunion de la commission juridique du parlement début décembre.

La proposition d'Alex Bodry a pour effet de mettre la pression sur le gouvernement, mais ne se distingue pas fondamentalement du texte gouvernemental. Elle restreint encore plus les infractions permettant de procéder à un repérage et réduit le délai d'information de la personne concernée. De plus elle exige la destruction des données recueillies non utilisées. Enfin, l'article concernant le repérage ne serait plus groupé avec ceux relatifs aux perquisitions - la base légale utilisée actuellement - mais avec ceux relatifs aux mesures de surveillance, soulignant le fait qu'il s'agit d'une violation du secret des communications.

## Einsamer Prophet

Jean-Claude Junckers Pech scheint gleichsam sein Glück zu sein: Von Knalltüten umgeben, hat der Premier leichtes Spiel, die Verantwortung für krasse Fehlleistungen auf andere abzuwälzen. So in der Affäre Wolter-Roemen, die eigentlich schon vor Jahren in geordnete Bahnen gelenkt, spricht "ad acta" gelegt hätte werden müssen. Den Fehler, sich so lange zurückzuhalten, lässt er sich im Nachhinein indirekt zu einer Tugend ummünzen. Zu Hilfe kommen ihm dabei Luxemburgs RichterInnen, die Junckers späte Einsicht jetzt als Überreifer und Einmischung in ihre verfassungsrechtlichen Befugnisse bewerten. Damit erfüllen sie genau die von Juncker bereits am letzten Freitag prophezeite Rolle der durchaus erwünschten (und bestellten?) Zwischenrufer, die es dem Propheten erlauben, die Unlösbarkeit der Situation zu verdeutlichen. Der "groupement des magistrats" setzt sich gleichzeitig dem Spott der Öffentlichkeit aus, wenn er allein sich das Recht zugesteht, über die Verhältnismäßigkeit der in der Wolter-Roemen-Affäre eingesetzten Mittel zu befinden. Würde die gegenseitige kollegiale Kontrolle funktionieren, hätte es Junckers "Einmischung" nicht bedurft. Schließlich gibt es an der Tatsache, dass hier für eine Nichtigkeit elementare Grundrechte aufs Spiel gesetzt werden, nichts zu beschönigen.

## LSAP: Penible Kritik

Eigentlich befürwortet die LSAP nach eigenen Aussagen den für kommendes Jahr geplanten Punkteführerschein. Tatsächlich aber lässt die Partei keine Gelegenheit aus, um gegen den "permis à points" zu lamentieren. Neben der grundsätzlichen Kritik am "fixierten und automatischen Sanktionssystem" sowie dem "administrativen Charakter der Punkteabzugs" bemängeln die autofreundlichen SozialistInnen nun einzelne Maßnahmen: Zum Beispiel, dass laut Gesetzesprojekt neben den Fahrzeughaltern auch LKW-FahrerInnen, die mit verkehrsuntüchtigen Fahrzeugen oder zu viel Ladung unterwegs sind, für diesen Verstoß haften sollen. Es könne den BerufsfahrerInnen nicht zugemutet werden, für Schlampereien auf Seiten des Arbeitgebers ihren Führerschein und somit auch ihren Beruf zu gefährden, so die Argumentation. Dass es bis zum Führerscheinverlust allein durch abgefahrene Reifen oder Überladung allerdings mehrfacher Verstöße gegen die Verkehrsordnung bedarf, davon spricht die LSAP nicht. Auch nicht, dass im neuen Gesetz Möglichkeiten vorgesehen sind, einen schlechten Kontostand durch Nachschulungen wieder aufzupolieren.

